

gebe ihm zwar in unserem Lande keine Chance mehr. Aber sollen wir uns damit begnügen? Zweitausend Jahre Juden in Deutschland — was wissen wir wirklich von ihnen? Das Haus, das wir heute einweihen, wird helfen, diese Schranken der Unwissenheit abzubauen. Dieses Haus ist ein Symbol für das Vertrauen einer jüdischen Gemeinde in die Stabilität unserer Demokratie. Es ist ein Symbol für das Vertrauen einer jüdischen Gemeinde darauf, daß sich ihre nichtjüdischen Mitbürger auch im Alltag als Demokraten bewähren werden. Dafür danke ich Ihnen.«

Der Süddeutsche Rundfunk *erinnerte in seiner Sendung am folgenden Tag (5. Juli 1971)*, im Zusammenhang mit der in den Ansprachen zum Ausdruck gebrachten Würdigung »badischer Juden, die sich um das Land verdient gemacht hatten«,

an »das historisch bedeutsame Ereignis und eine der wichtigsten und ergreifendsten Begegnungen in der Geschichte der Juden und Deutschen: Die Zusammenkunft zwischen dem *badischen Großherzog Friedrich I.* und *Theodor Herzl*, dem Wiener Juden, der die zionistische Bewegung der Neuzeit 1896 begründete und die Grundlage für den heutigen Staat Israel schuf [Vgl. »Der Judenstaat«].

Nach den Notizen, die uns *Herzl* hinterließ, nahm der Großherzog die Idee von der Gründung eines Judenstaates sehr ernst. Sein Hauptbedenken war, daß man es ihm als Antisemitismus auslegen würde, wenn er für die Sache einträte.

Herzl, damals 36 Jahre alt, war kein Fantast. Man kann heute nicht ohne Betroffenheit den Brief lesen, den Herzl nach seiner Rückkehr von Wien aus [am 26. 4. 1896²] schrieb; da steht: »... Die Judenfrage ist in Deutschland derzeit wohl keine so brennende, wie sie es in Oesterreich, Russland, Rumänien etc. ist. Aber gerade diese Ruhepause, die übrigens keine lange Dauer haben kann, läßt es möglicherweise als wünschenswerth erscheinen, an die Lösung heranzugehen. Denn wir hoffen, dass ein Strom von Segen für viele Menschen von unserer Sache ausgehen werde, und keineswegs allein für die Juden.

Fügt es Gott, daß wir in unser historisches Vaterland zurückkehren, so möchten wir als Culturträger des Westens in diesen jetzt verseuchten, verwahrlosten Winkel des Orients Reinlichkeit, Ordnung und die geklärten Sitten des Abendlandes bringen. Wir werden das tun müssen, um dort existieren zu können und dieser Zwang wird unser Volk erziehen, soweit es dessen bedarf...«

Damals gehörte Palästina noch zum Groß-Türkischen Reich.

Der badische Großherzog erzählte Herzl ein Jahr später, als sich die beiden auf der Insel Mainau trafen, der Kaiser stünde gut mit dem Sultan, und Herzl bat seinen fürstlichen Gesprächspartner, ihn beim Kaiser einzuführen. So geschah es auch. 1898 trafen sich Herzl und der deutsche Kaiser in einer zionistischen Kommission vor den Toren Jaffas [Vgl. Tagebuch Herzl vom 6. 12. 1898].

Am Schluß des Buches [»Alt-Neuland«], das Herzl Anfang dieses Jahrhunderts schrieb, stehen die Worte: »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen.«

Viele wissen, daß der badische Großherzog auf seine Weise und in herzlicher Verbundenheit zur Person Herzls an die Staatengründung Israel geglaubt und auch mitgewirkt hat.«

G. L.

² In: *Herzl, Hechler: The Grand Duke of Baden and the German Emperor 1896–1904. Documents found by Hermann and Bessi Ellern.* Reproduced in Facsimile. Tel Aviv 1961, p. 37.

9 Antisemitismus verstößt gegen das Grundgesetz

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil um die »Ludendorff-Bewegung« entschieden, daß Antisemitismus gegen das Grundgesetz verstößt. Das Urteil stellt fest, daß der »Bund für Gotterkenntnis (L) E. V.«, der mit der »Ludendorff-Bewegung« verbunden sei, sich jedenfalls mit seinen »aggressiven antisemitischen Äußerungen« gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte.

Diese Äußerungen seien ein Teil seines Kampfes gegen sogenannte »überstaatliche Mächte«, nämlich »Weltjudentum«, »Weltkatholizismus«, »Weltkommunismus« und Freimaurertum. Durch diese Äußerungen würden die Angehörigen der bezeichneten Gruppen herabgewürdigt und verächtlich gemacht und werde »die Ausschaltung besonders der jüdischen Mitbürger aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik gefordert«. Deshalb verstießen diese Äußerungen nicht nur gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz, sondern auch gegen den besonders gewichtigen Verfassungsgrundsatz, der die Würde des Menschen gewährleistet und schützt.

In dem Prozeß hatte das Bundesverwaltungsgericht die Klage des »Bundes für Gotterkenntnis (L)« gegen ein vom bayerischen Innenministerium ausgesprochenes und von den beiden gerichtlichen Vorinstanzen bestätigtes Verbot zu neuer Verhandlung und Entscheidung an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen. In dem Urteil heißt es unter anderem, mit Rücksicht auf die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, die unter den Grundrechten einen besonderen Rang habe, müsse gegenüber Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen besonders sorgfältig geprüft werden, »ob eine etwaige verfassungsfeindliche Tätigkeit mit mildernden Verwaltungsmitteln als dem der Auflösung wirksam unterbunden werden und für die Zukunft verhindert werden kann«.

Der »Bund für Gotterkenntnis (L)« war von Mathilde Ludendorff, der Frau des Generalstabschefs im Ersten Weltkrieg, Erich Ludendorff, gegründet worden; nachdem sie 1966 im Alter von 88 Jahren gestorben war, hatte ihr Schwiegersohn ihre Tätigkeit fortgesetzt. Sie gründet sich auf eine völkisch-religiöse Weltanschauung (Aktenzeichen: I C 54/66).

(In: Jüdischer Presse Dienst, Nr. 7. Düsseldorf, Juli 1971. S. 11).

10 Maximilian Kolbe OFM

In Auschwitz gestorben am 14. 8. 1941, seliggesprochen am 17. Oktober 1971 im Petersdom von Papst Paul VI.¹

Maximilian Kolbe (mit Taufnamen Raimund Kolbe), wurde in einem ärmlichen Dorf Zdunska-Wola, nahe Lodz, am 8. 1. 1894 geboren.

Im Zuge der Massenverhaftungen in Polen und im Zusammenhang der von seinem Kloster herausgegebenen und von ihm mitredigierten »Kleinen Zeitung«, die am 8. 12. 1940 mit einer Auflage von 120.000 Exemplaren erschienen war, wurde er am 17. 2. 1941 verhaftet und am 2. Mai 1941 in Auschwitz eingeliefert (Nummer 16670).

¹ Auszugsweise zusammengestellt auf Grund der auch deutschsprachigen Ausgabe des in Padua erscheinenden »*Sendboten des hl. Antonius*«, die ihre Sonderausgabe (74/11) vom November 1971 Pater Maximilian Kolbe der Minoriten-Brüder OFM Conv. widmet (49 Seiten). Der »Sendbote des hl. Antonius« ist die offizielle Zeitschrift der Basilica del Santo.

Ende Juli 1941 flüchtete ein Gefangener, zehn Häftlinge sollen dafür mit dem Hungertod in dem berühmtesten Bunker 11 sterben. Pater Kolbe erklärte sich bereit für einen ihm bis dahin unbekannten Familienvater (Franz Gajowniczek) in den Aushungerungsbunker zu gehen. Nach etwa zwei Wochen wird er schließlich durch eine Karbolsäureinjektion getötet. Er war der einzige von noch vier der zehn Verurteilten, der bei Bewußtsein und den anderen zur Seite gestanden war, bis sie das Bewußtsein verloren hatten. Ein Augenzeuge, der Bunkerknicht Bor-goriec, berichtet: »Nachdem die Wache abgezogen war, kehrte ich in die Zelle zurück. Ich fand P. Maximilian immer noch sitzend, den Kopf auf die linke Seite geneigt, das Gesicht auf eine unerklärliche Weise strahlend, die Augen weit aufgerissen auf einen festen Punkt gerichtet. Die ganze Gestalt war wie in Ekstase...«² Jan Dobraczski schreibt: »Er lebte ganz in seiner Zeit, war vom Fortschritt der Technik begeistert und benutzte für das Apostolat die modernsten Neuerfindungen. Aber er war zugleich überzeugt, daß der Fortschritt den Vorrang an den Menschen, an seine Innerlichkeit abtreten müsse.«³ Das Leitwort zu dieser Sonderausgabe¹ sagt: »... Wir können in seinem bewegten und wechselvollen irdischen Leben feststellen, wie er die Botschaft des Evangeliums in der Welt der Arbeit, in den Beziehungen zum Nächsten, bei der Konfrontierung mit der Autorität, durch die Achtung vor der Person und vor allem durch die Bejahung des Gewissens und der Freiheit in die Tat umsetzte. Er fügte sich mit warmem Herzen in die Welt, in der er lebte, ein. Er schätzte die großen Werke und wissenschaftlichen Errungenschaften unserer Kultur, ohne diesen zu verfallen; er besaß eine wirklich universale Anschauung der Welt und der Menschen und sah den Weg zur Einheit der großen Menschenfamilie voraus.

Als in der finsternen Barbarei der Konzentrationslager alle menschlichen und christlichen Werte verleugnet wurden, brachte Pater Kolbe zur Bezeugung dieser Werte sein eigenes Leben zum Opfer dar. Er bestätigte damit die Liebe zum Nächsten, zur Familie und zur Freiheit, die Würde des Menschen und seine Berufung zum Ewigen. Die Seligsprechung Pater Kolbes ist weder ein Triumph-Akt noch eine Zeremonie aus alter Zeit. Für uns ist sie die Ermahnung, den Glauben an dem Platz zu leben, wo wir stehen und arbeiten. Sie ist Trost und Hoffnung in unserem täglichen Leben und ist uns der Ruf Gottes zur ewigen Heimat.«

G. L.

² a. a. O. S. 26.

³ a. a. O. S. 28.

11 Solidarität mit Israel

*Resolution der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (17. 12. 1971)*¹

Am 17. Dezember 1971 fand in Bonn die 4. ordentliche Mitgliederversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft [DIG] statt, an der rund 100 Personen teilnahmen.

Die Jahresversammlung der DIG faßte einstimmig folgende Resolution:

»Die Mitgliederversammlung der DIG beobachtet mit großer Sorge

- die wiederholten Erklärungen der ägyptischen Staatsführung, noch vor Ablauf dieses Jahres eine einseitige Entscheidung über die Wiederaufnahme der Kämpfe

¹ In: DIG-Informationen. (Bonn), Ausgabe 1/1972, S. 3 f.

oder der Fortdauer der Waffenruhe im Nahen Osten zu treffen;

- die politisch-diplomatische Isolierung Israels in der Völkergemeinschaft, die in der jüngsten Debatte der UN-Vollversammlung über den Nahen Osten offenbar wurde;
- die mangelnde Anteilnahme weiterer Teile der internationalen Öffentlichkeit gegenüber dem Lebensrecht des jüdischen Staates.

Die Herstellung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten wird durch arabische militärische Drohungen, die Verweigerung direkter Verhandlungen und die Anerkennung des Staates Israel vereitelt. Die Friedensbeteuerungen der ägyptischen Regierung können daher nicht ernst genommen werden. Vielmehr erscheinen ihre jüngsten Pressionen als Fortsetzung der bekannten Proklamationen, den jüdischen Staat zu vernichten. Die Methoden haben sich differenziert.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft appelliert an das Verantwortungsbewußtsein des deutschen Volkes gegenüber Israel und ruft die Entwicklung unmittelbar vor dem Juni-Krieg 1967 in Erinnerung. Haben wir schon die Bedrohung des jüdischen Staates durch den Aufmarsch arabischer Truppen vergessen?

In diesen für Israel schweren Wochen wenden wir uns an die deutsche Öffentlichkeit. Die Besonderheit des deutsch-israelischen Verhältnisses verlangt von uns Deutschen die Bekundung aktiver Solidarität. Die Zuspitzung der politischen und militärischen Situation im Nahen Osten ist für die arabischen Staaten eine Frage der Macht, für Israel bedeutet sie die Frage nach dem Überleben.«

12 Scherben einer Kulturwoche

Ein Rückschlag für die deutsch-israelischen Beziehungen
Von Dr. Moshe Tavor, Jerusalem

Der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Nr. 276 vom 29. 11. 1971, entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und ihrer Schriftleitung den folgenden Beitrag:

Tel Aviv, Ende November
Haydns Abschiedssinfonie stand nicht auf dem Programm. Sie war aber politisch die Hintergrundmusik der vertrackten »Woche der deutschen Kultur« in Israel. Man mag darüber streiten, wer die Hornisten, Fagottisten, Oboisten und Kontrabassisten waren, die die Noten zusammenfalteten, die Kerzen auslöschten und nebenan das Podium verließen. Die zwei Geiger, die con sordino das Adagio beendeten, waren die deutsche Botschaft in Tel-Aviv und der Bürgermeister von Haifa. Alle anderen hatten sich mehr oder minder still aus dem Staube gemacht, das Jerusalemer Außenministerium und die Bürgermeister von Jerusalem und Tel Aviv. Die Reihenfolge der Desertionen ist unwichtig. Man wird sie durch Erklärungen und Gegenerklärungen, durch die einer dem anderen und sich selber nicht wehtun wollte, ohnehin nicht eindeutig feststellen können, und zum Schwur wird es nicht kommen.

So ist über ein kulturelles Ereignis, das bei seiner Ankündigung Hoffnungen erweckte, ein wehmütiger Abschlußbericht zu erstatten, der sich mehr mit Politik als mit Kultur befassen muß. Die Schwierigkeit besteht darin, daß manche auf israelischer Seite Verantwortlichen bei ihrem verbissenen, dezidierten Jein blieben, bei dem verlegenen Ja-Aber, an dem alle Argumentationen und Klärungsversuche abgleiten. Das Projekt der Kulturwoche, angeregt vom Tel-Aviver Bürgermeister, war seit langem bekannt.